

II- 4464 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2236/J

1986 -07- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Neisser
und Kollegen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Institutsvorstand am Institut für Philosophie der
Universität Wien

Aus Anlaß der Wahl des Institutsvorstandes am Institut für Philosophie in Wien am 20.6.1986 wurde zwei Tage davor von Univ.Prof. Dr. Michael Benedikt an alle Mitglieder der Institutskonferenz ein Rundschreiben versandt. In diesem Schreiben werden gegen ein Mitglied der Institutskonferenz, Univ.Prof.Dr. Peter Kampits, Vorwürfe wegen dessen Eintreten für einen der Kandidaten zur Bundespräsidentenwahl 1986 erhoben. So heißt es unter anderem: "Übrigens hat sich - wie öffentlich bekannt - der dem Vernehmen nach einzige aufgestellte Kandidat für die Wahl zum Institutsvorstand politisch für einen Mann engagiert, der zumindest in akademischen Kreisen, sogar im Inland, namentlich wegen seiner haarsträubenden Dissertation prekär aufgefallen und nur beschränkt akzeptabel ist. Die Front zugunsten eines derartig vaterländischen Engagements für einen Akademiker läßt mit Bezug auf den Wahlwerber - jetzt im Bereich des akademischen Lebens - nichts Optimales erwarten."

Weiter lautet es zur Abqualifizierung des obgenannten Mitglieds der Institutskonferenz: "Denn mehr, als "Wahlhelfer" für den "Akademiker" Waldheim gewesen zu sein, fällt mir zu dem "logischen Fortsetzer" der Institutsleitung nicht ein."

Von drei Mitgliedern der Institutskonferenz wurde daraufhin beim zuständigen Rektor der Universität Wien ein Disziplinarverfahren angestrengt.

-2-

Es gehört zu den selbstverständlichen Freiheiten jedes Wissenschaftlers, sich politisch zu betätigen, wo und wie immer er will. Im abgelaufenen Präsidentschaftswahlkampf haben Wissenschaftler sowohl für den Kandidaten Dr. Waldheim als auch für den Kandidaten Dr. Steyrer ihre Präferenz erkennen lassen. Das Verhalten von Univ. Prof. Dr. Ringel ist ein deutlicher Beweis für das Engagement eines Wissenschaftlers im Rahmen der Wahlwerbung für Dr. Steyrer. Inwieweit ein solches Engagement Auswirkungen auf das Ansehen des Wissenschaftlers hat, ist eine Frage, die der Betroffene selbst zu beurteilen hat.

Die oben beschriebene Vorgangsweise widerspricht dem für eine demokratische Republik wichtigen Engagement aller Bürger am politischen Prozeß. Sie ist auch nicht geeignet, eine zielgerichtete wissenschaftliche Zusammenarbeit am Institut für Philosophie der Universität Wien sicherzustellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Ihnen diese Vorgänge am Institut für Philosophie der Universität Wien bekannt?
- 2) Welche Schritte werden Sie setzen, um derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern?
- 3) Halten Sie es für tragbar, daß ein Wissenschaftler aufgrund seines Eintretens für einen Kandidaten zu einem politischen Amt wissenschaftlich abqualifiziert wird?